

Ressort: Politik

Grüne drohen Regierung mit weiteren Gesetzes-Blockaden im Bundesrat

Berlin, 13.12.2012, 17:18 Uhr

GDN - Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, hat der Bundesregierung nach dem Scheitern wichtiger Gesetzesvorhaben im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat indirekt mit weiteren Blockaden gedroht. "Die Zeiten, in denen die Bundesregierung jeden Unfug durchregieren konnte, sind vorbei", sagte Beck "Handelsblatt-Online".

Der Grünen-Politiker verteidigte zugleich die Oppositionshaltung, in der Steuerpolitik nur der Erhöhung des Grundfreibetrages zugestimmt zu haben, während einer Absenkung der Kalten Progression eine Absage erteilt wurde. "Für Steuersenkungen auf Pump ist bei Bund und Ländern kein Geld da", sagte Beck. "Die entstehenden Mindereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro kämen zu einem großen Teil Besserverdienern zugute." Die kleinen und mittleren Einkommen würden davon nichts merken. Beim Grundfreibetrag wollten die Grünen hingegen "weitere Entlastungsschritte", die mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes gegenfinanziert werden sollten, so der Grünen-Politiker weiter. Mit Blick auf das Nichtzustandekommen des Steuerabkommens mit der Schweiz warf Beck Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Blockadehaltung vor. "Die Schweiz ist zu neuen Verhandlungen bereit, während die Merkel-Regierung sich dem Dialog verweigert", sagte der Grünen-Politiker. Die Schweiz sei flexibler als die Bundesregierung. Beck forderte zudem ein Europa ohne Steueroasen. "Nur wenige Spitzenverdiener und -vermögende, bestimmte Banken sowie zahlreiche Wirtschaftskriminelle profitieren von der Möglichkeit, Geld verstecken zu können, während der ehrliche Steuerzahler gelackmeiert ist", sagte er. Durch Steuerhinterziehung und Steuergestaltung entgingen den EU-Staaten jährlich eine Billion Euro Einnahmen. Daher dürften Vermögen über das Ausland "nicht dauerhaft der Besteuerung entzogen werden", verlangte Beck.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-4109/gruene-drohen-regierung-mit-weiteren-gesetzes-blockaden-im-bundesrat.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com